

5 Schwere Rechenfehler, anonyme Hintermänner
 FBP-Fraktionssprecherin Christine Wohlwend kritisiert «Win-Win».

13 Schach-Open in Triesen stark besetzt
 Ex-Weltmeisterin Nona Gaprindashvili geht als Favoritin ins Turnier.

19 Theater an der Ruhr-Inszenierung «Was ihr wollt» im TAK
 Shakespeare-Klassiker im Jubiläumsjahr



Volksblatt

Die Tageszeitung für Liechtenstein



Freitag, 23. Mai 2014
 137. Jahrgang Nr. 116

Heute

Jahresbericht
FIU informiert über ihre Tätigkeiten im Jahr 2013



Die Stabsstelle Financial Intelligence Unit (FIU) veröffentlicht heute den Jahresbericht 2013. Zuletzt hatte sie mit dem Fall Janukowitsch für Schlagzeilen gesorgt.

volksblatt.li

Tabakverzicht Nach dem «Experiment Nichtrauchen» für Schulklassen in der Schweiz und Liechtenstein werden heute die erfolgreichen Teilnehmer mit tollen Preisen ausgezeichnet.

Fotogalerien Auch heute finden Sie Fotogalerien zu aktuellen Veranstaltungen in Liechtenstein und Umgebung im Media Center auf www.volksblatt.li.

Wetter Nach vielen Wolken und Regen am Nachmittag teils sonnig. Seite 22 13° 20°

Zitat des Tages



«Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung: Keine Bildung.»

JOHN F. KENNEDY (1917-1963)
 ERMORDETER PRÄSIDENT DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA

Regierung: Genügend leer stehende, erschwingliche Wohnungen im Land

Wohnbau Fehlt es in Liechtenstein tatsächlich an leistbaren Wohnungen? Werden Liechtensteiner dazu getrieben, ins schweizerische Rheintal zu flüchten? Die Regierung sagt Nein und lehnt korrigierende Eingriffe in den Immobilienmarkt ab.

VON MICHAEL BENVENUTI

Seit Jahren steht in Liechtenstein die Sorge um leistbaren Wohnraum weit oben auf dem Zukunftsbarometer. Im Land gebe es zwar ein riesiges Angebot an leer stehenden Wohnungen, in der Regel seien dies aber sehr einseitige, exklusive Projekte – an erschwinglichen, familienfreundlichen Objekten hapere es allerdings. Zuletzt stellten fünf FBP-Landtagsabgeordnete per Interpellation die Frage, «inwiefern es die Regierung als zielführend erachtet, gemeinnützige Wohnbaugesellschaften im Sinne des Wohnbauförderungsgesetzes zu fördern». Die Politik sei in der Pflicht, mögliche Weichen für die Zukunft zu stellen, da ansonsten «bezahlbarer Wohnraum für eine breite Mittelschicht der Liechtensteiner kaum mehr zur Verfügung stehen werde».

chen Wahrnehmung sind gemäss Regierung «in Liechtenstein erschwingliche Mietwohnungen in verhältnismässig grosser Anzahl vorhanden». Aktuell stünden rund 200 bis 300 Wohnungen in allen Preissegmenten leer. «Insbesondere auch in tieferen Preislagen», wie die Regierung betont. Komplette sanierte Altbauwohnungen seien manchmal jedoch schwer zu vermieten, weil die Ansprüche der Mieter sehr hoch seien. «Die Kunden wollen Neubauwohnungen mit grossen Fensterfronten und grosszügigen Balkonen», heisst es in der Beantwortung.

Eine Aufgabe der Gemeinden

In der Beantwortung der Interpellation sieht das zuständige Ministerium für Infrastruktur und Umwelt sowie Sport allerdings keinen Anlass, «korrigierend in den Markt einzugreifen». Entgegen der öffentli-

Die Regierung sieht auch keinen Handlungsbedarf, für die gemeinnützige Wohnbautätigkeit zusätzliche Darlehen zu vergeben – die staatlichen Förderungen seien bereits heute «sehr grosszügig» – oder Liegenschaften zur Verfügung zu stellen. Die gemeinnützige Wohnbautätigkeit falle primär in den Wirkungskreis der Gemeinden oder allenfalls der Bürgergenossenschaften. Diese seien besser in der Lage, den effektiven Bedarf abzuschätzen und gegebenenfalls einen passenden Baugrund zur Verfügung zu stellen, ist die Regierung überzeugt. Seite 3



LPC-Besuch Tradition und neue Herausforderungen

Rund zwei Dutzend Mitglieder des Liechtensteiner Presseclubs (LPC) besuchten am Donnerstag das «Volksblatt» und erhielten Einblicke in die Geschichte und die heutigen Herausforderungen bei der ältesten Tageszeitung des Landes. Eine Quintessenz: Trotz Online-Engagement bleibt die Papier-Zeitung das wesentliche Medium für den Verlag.

(Foto: Vollmar) Seite 7

Web-TV

Einzigartiges Web-TV von volksblatt.li:
 Aktuelle Filmbeiträge zu Politik, Wirtschaft, Sport und Kultur



www.volksblatt.li

Schweiz-EU Erste Runde im Rahmenabkommen verhandelt

BERN Die Schweiz und die EU haben am Donnerstag in Bern die Verhandlungen über ein Rahmenabkommen aufgenommen. Wie lange diese dauern und wohin die Reise geht, ist ungewiss. Lösungen für die institutionellen Fragen sind nämlich eng mit der Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative verknüpft. Den Weg frei gemacht für die Verhandlungen hatte der Bundesrat Ende April mit dem Entscheid, kroatische Bürgerinnen und Bürger vorläufig gleichberechtigt zum Arbeitsmarkt zuzulassen, ohne aber das Protokoll zur Erweiterung der Personenfreizügigkeit zu unterzeichnen.

Initiative wirft Fragen auf

In der Folge verabschiedete der EU-Ministerrat das Mandat für Verhandlungen über ein Rahmenabkommen zu den bilateralen Abkommen. Der

Bundesrat hatte das Mandat für die Schweizer Delegation schon letzten Dezember beschlossen. Seither hat der Wind in der Europapolitik gedreht: Mit der Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative steht die Personenfreizügigkeit und damit die Zukunft des bilateralen Wegs infrage: Nach dem Kroatien-Entscheid des Bundesrats hat sich die EU zwar zu Verhandlungen bereit erklärt. Gleichzeitig stellte sie klar, dass ein allfälliges Abkommen erst dann unterzeichnet wird, wenn klar ist, wie es mit der Personenfreizügigkeit weitergeht. Die Delegationen können sich zwar auf Lösungen für institutionelle Fragen einigen. Zum Abschluss kommt es aber nur dann, wenn für die Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative eine Lösung vorliegt, mit der auch die EU leben kann. (sda)

Runder Tisch lässt hoffen

Truppenrückzug an ukrainischer Grenze

KIEW/BERN Die Gespräche am runden Tisch in der Ukraine haben nach Angaben des OSZE-Diplomaten Wolfgang Ischinger erste, zaghafte Fortschritte gebracht. Ischinger, der die Gespräche im Auftrag der OSZE leitet, sprach nach dem dritten Treffen von einer «Kurve, die sich nach oben bewegt». «Wir werden bei jedem Gespräch besser», ergänzte der Deutsche. Kurz vor der Wahl mehrten sich zudem die Anzeichen, dass Russland seine Truppen von der ukrainischen Grenze abzieht. Russlands Präsident Wladimir Putin hatte den Abzug der Truppen angekündigt, «damit nicht Spekulationen entstehen, wir würden die Präsidentenwahl behindern». Die prowestliche Regierung geht in der Ostukraine derzeit mit einem «Anti-Terror-Einsatz» gegen Separatisten vor. Seite 8

Inhalt

Inland	2-7	Kultur	19+20
Ausland	8	Kino/Wetter	22
Wirtschaft	9-12	TV	23
Sport	13-18	Panorama	24

Fr. 2.00 www.volksblatt.li

Verbund Südostschweiz



ANZEIGE

Weniger Seiten, mehr Inhalt: Das «Volksblatt»

Volksblatt
 Im alten Riet 103
 FL-9494 Schaan
 +423 237 51 51
www.volksblatt.li